

**Verband der ehrenamtlichen
Flüchtlingsherfer*innen Bayern
Sattlerweg 38
85238 Petershausen**

Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

26.04.2019

Sehr geehrter Herr Dr. Jacob,
sehr geehrte Frau Riep

hier sind unsere Antworten auf die Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019.
Sie wurden erstellt durch die Bundesthemenbeauftragte für Gesundheit
und Pflege, Sandra Leurs:

1. Konzept für ein gemeinsames europäisches Asylsystem

a. Es steht zur Diskussion, dass EU-Staaten an den EU-Außengrenzen zeitlich unbegrenzt für ein Asylverfahren verantwortlich bleiben. Sollen die Ersteinreiseländer ihrer Ansicht nach allein zuständig sein?

Die Zuständigkeit sollte gleichermaßen bei allen EU-Staaten liegen

b. Was ist Ihr Konzept für ein zukünftiges, auf den Menschenrechten beruhendes gemeinsames Asylsystem für Europa?

In Europa muss ein einheitliches, menschliches Asylsystem entwickelt werden, das den Menschen Zugang zu allen EU-Staaten ermöglicht.

Asylsuchende sollen als politische Kernforderung der PIRATEN in ganz Europa uneingeschränkt Zugang zu Sprachkursen, Bildung und Arbeit bekommen. So wird Selbständigkeit bei gleichzeitiger Achtung der Menschlichkeit gefördert.

c. Wie lässt sich verhindern, dass durch eine Harmonisierung von Schutzquoten und Sozialleistungen die Standards europaweit auf ein Niedrigniveau gesenkt werden?

Dadurch, dass ein höheres Niveau verpflichtend gemacht wird, das sich an den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen der Staaten orientiert.

**Bundesgeschäftsstelle der
Piratenpartei Deutschland**

Telefon:
+49 30 2757 2040
Telefax:
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:
GLS

Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE36430609677006027900
BIC GENODEM1GLS

d. Was halten Sie von der These, dass eine Free-Choice-Option die Verteilung von Geflüchteten auf die europäischen Länder beschleunigen könnte?

Piraten sind einverstanden mit einer Free-Choice-Option.

e. Was halten Sie davon, europäischen Städten die Gelegenheit zu geben, sich direkt um die Aufnahme von Geflüchteten zu bewerben und die dafür notwendige Finanzierung aus EU-Geldern zu beziehen?

PIRATENPARTEI
Deutschland

Vielfach sind es Piraten, die die Ausweisung einer Kommune als so genannter "Sicherer Hafen" initiiert und forciert haben. Wo Staaten nicht in der Lage sind, Humanismus walten zu lassen, müssen es die Bereiche tun, die dazu in der Lage sind und die eigentlichen Aufgaben zu erfüllen haben. Von daher sehen wir dieses Vorgehen als erfolgsversprechender, als jegliche Art von nationalstaatlichem Vorgehen.

2. Umgang mit Geflohenen unter Einhaltung der Menschenrechte

2.1 Seenotrettung und sichere Wege nach Europa

a. Die EU hat die Seenotrettungsmission „Sophia“ vor der libyschen Küste ausgesetzt. Gleichzeitig kommt es immer wieder zu Berichten über Menschenrechtsverletzungen durch die sog. libysche Küstenwache. Wie wollen Sie eine den Menschenrechten gerecht werdende europäische Seenotrettung zukünftig gewährleisten?

Wir fordern die Einführung einer europäisch finanzierten Seenotrettung nach organisatorischem Vorbild der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

b. Was sagen Sie zur Einstufung von privaten Seenotrettern als Schlepper?

Menschenrettung ist kein Verbrechen!

c. Die Situation auf dem Mittelmeer ist so prekär, da es keine sicheren Einreisemöglichkeiten in die EU gibt. Wie sehen Sie dies?

Wir fordern den sicheren Transfer nach Europa. Das Geld, was in die Abwehr von Flüchtenden gesteckt wird, wäre ausreichend, dies zu gewährleisten.

d. Die EU finanziert die bewaffnete Einheit G5-Saheljointforce mit über 100 Millionen EUR. Menschenrechtsorganisationen berichten über systematische Menschenrechtsverletzungen im Sahelgebiet. Wie verhalten Sie sich zu diesen Berichten?

Menschenrechte einzuhalten und deren Einhaltung einzufordern, ist für Piraten Priorität Nr. 1. Daher werden wir so etwas wie eine Saheljointforce als Wüstenrettungseinheit ausbilden statt als bewaffnete Einheit.

e. Nach welchen Kriterien entscheiden Sie, ob ein Drittstaat für eine Kooperation bei der Kontrolle von Migrations- und Fluchtrouten in

Frage kommt?

Unbedingte Einhaltung der UN-Menschenrechtskonvention ist zwingende Voraussetzung. Damit scheiden - leider - nahezu alle afrikanischen Staaten aus.

PIRATENPARTEI
Deutschland

2.2 Abschiebungen und Rückkehr

2.2.1 Abschiebungen nach Afghanistan

a. Wie beurteilen Sie die Situation in Afghanistan (z.B. das Ranking von Afghanistan im Global-Peace-Index-2018) im Zusammenhang mit den ständig dorthin stattfindenden Abschiebungen?

Abschiebungen in ein Land, in dem täglich Kriegshandlungen stattfinden, sind mit unserem humanistischen Gedanken nicht vereinbar. Von Afghanistan als sicherem Herkunftsland zu sprechen, ist eine Farce, wenn selbst das Auswärtige Amt Reisewarnungen ausspricht.

b. Was sagen Sie zur Abschiebung von Menschen in Länder, in denen sie nicht sozialisiert worden sind?

Dieses Vorgehen verspricht nicht, nahtlos in das gesellschaftliche System des jeweiligen Landes integriert zu werden. Wir lehnen dies ab.

c. Rechtfertigt die geringe Zahl der Abgeschobenen die hohen Kosten und Risiken der Abschiebungen und die permanente Verunsicherung bei uns schutzsuchender Menschen?

Nein!

2.2.2 Rücknahme

a. Wie sollten Ihrer Meinung nach Kriterien für Rücknahmeabkommen aussehen?

- Rücknahmen nur nach Wille der Asylsuchenden
- Unbedingte Sicherheit vor Verfolgung
- Unbedingte Einhaltung der Menschenrechte
- Unbedingter Zugang zu wirtschaftlichem Überleben
- Unbedingte Achtung der persönlichen Freiheit

b. Wie garantieren Sie eine menschenwürdige Versorgungs-, Beratungs- und Unterbringungssituation im Zielland der Abschiebung? Welche Maßnahmen halten Sie dafür für notwendig und was tun Sie dafür, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen werden?

Wenn die Asylsuchenden zurück in ihre Heimat wollen, denn so soll es sein. Ab dem Zeitpunkt der Ankunft ist der Staat, in den die Rückkehr erfolgte, zuständig für seine eigene Bürger.

c. Wie stellen Sie sicher, dass freiwillig Rückkehrende ihr Startgeld erhalten?

Hier muss mit Gewährstellen im Rückkehrland gearbeitet werden, da

sonst die Gefahr zu groß ist, dass das Startgeld "verloren" geht.

d. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass ein Geflüchteter – sofern kein Asyl gewährt werden kann – unter Wahrung seines Gesichts und mit guten Startbedingungen in seine Heimat zurückkehren kann?

Wir stellen grundlegend in Zweifel, dass es Gründe geben kann, dass kein Asyl gewährt wird. Geflüchtete haben hingegen manifeste Gründe, ihre Heimat, ihr kulturelles und ihr soziales Umfeld zu verlassen. Erst wenn diese behoben sind, kann an eine Rückkehr gedacht werden. Dann ist der entsprechende Staat zuständig, gute Re-Startbedingungen zu gewährleisten.

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Ganskow

Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

PIRATENPARTEI
Deutschland